



20.01.2013

Sehr geehrte Mieterinnen und Mieter,

uns alle hat der Kellerbrand vom 23.12.2012 zutiefst erschüttert. Die Polizei ermittelt wegen mutwilliger, schwerer Brandstiftung und es ist vom Tathergang leider nicht auszuschließen, dass die Brandstiftung in Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Modernisierung zu sehen ist. Wir hoffen sehr, dass niemand aus dem Haus etwas damit zu tun hat. Auch wenn diese Fragen im schlimmsten Fall nicht geklärt werden können, ist es nicht unwahrscheinlich, dass der Brand einen neuen Höhepunkt der Eskalation darstellt. Irgendjemand hat in Kauf genommen, dass Menschen ums Leben kommen. Schon die bisherigen Sachbeschädigungen waren eine Grenzüberschreitung, die nicht hinnehmbar ist, aber wenn der Brand in dieser Folge zu sehen ist, dann muss allen Beteiligten spätestens jetzt klar sein, dass sich etwas ändern muss.

Wir sind schon länger schockiert, mit welcher Vehemenz wir angegriffen und in der Öffentlichkeit mit verkürzten und falschen Aussagen in ein übertrieben schlechtes Licht gerückt werden. Wir verstehen, dass der eigene Wohnraum ein existentielles Anliegen ist; wir fordern jedoch von allen Beteiligten Ehrlichkeit und Verhältnismäßigkeit in der Darstellung der Situation nach außen, insbesondere gegenüber der Presse. Es darf nicht sein, dass gewaltbereite Dritte auf der Basis von unzutreffenden öffentlichen Behauptungen dazu motiviert werden, aus Solidarität in unserem Haus Straftaten zu begehen und unser aller Leben zu gefährden.

Dass die konkreten Mieterhöhungen in den einzelnen Fällen bei weitem nicht so dramatisch sind, wie immer dargestellt wird, können Sie in den nächsten Tagen auf unserer Website www.weichselplatz.org nachlesen. Sie rechtfertigen in keinem Fall eine öffentliche Hetze gegen uns EigentümerInnen. Die meisten von Ihnen haben längst Vereinbarungen mit uns getroffen, die ein friedliches, gemeinsames Leben im Haus ermöglichen. In allen strittigen Fällen ist eine Lösung erreichbar, die einen Verbleib im Haus ermöglicht, in den meisten Fällen ist dies sehr wahrscheinlich. Das entspricht auch unserem erklärten Ziel die energetische Modernisierung so sozialverträglich wie möglich durchzuführen.

Da wir nun um Ihre und unsere Sicherheit sehr besorgt sein müssen, drängt sich uns die Frage auf, ob wir im Innenhof und in den Treppenhäusern für eine gewisse Zeit eine Videüberwachung installieren sollten. Dies ist ein heikles Thema und auch innerhalb der Grundstücksgemeinschaft gibt es unterschiedliche Meinungen dazu. Daher bitten wir jede Mietpartei darum, uns bis zum 30.01.2013 schriftlich mitzuteilen, ob Sie ein solches System befürworten oder ablehnen würden.

Wir möchten uns an dieser Stelle nochmals bei allen MieterInnen bedanken, die in der Brandnacht ihren Nachbarn beim Bewältigen der schweren Situation geholfen haben, insbesondere bei Herrn [REDACTED] und Herrn [REDACTED]. Wir bedanken uns auch für die zahlreichen aufmunternden Rückmeldungen, die uns zeigen, dass die meisten, so wie wir auch, friedlich im Haus wohnen wollen.

Es ist bedauerlich, dass wir diesen Brief schreiben müssen. Wir bitten alle MieterInnen, dafür einzutreten, dass so etwas nie wieder passiert. Sollten Sie im Zusammenhang mit dem Brand im Keller noch sachdienliche Hinweise haben, teilen Sie diese bitte der Kriminalpolizei mit. Der zuständige Ermittler dort ist [REDACTED].

Mit freundlichen Grüßen,
Ihre Grundstücksgemeinschaft Weichselplatz

LiebeR NachbarIn

Kürzlich hat die Grundstücksgemeinschaft Weichselplatz (GG) ein Schreiben an die MieterInnen verfasst, bei dem der Kellerbrand, die Sachbeschädigungen am Fahrstuhl und die Öffentlichkeitsarbeit der MieterInnenversammlung in einem Atemzug genannt werden. Den Leuten die sich gegen die Modernisierungsmaßnahmen und den damit verbundenen Mieterhöhungen wehren, wird hier so einiges vorgeworfen, vor allem aber werden sie dafür verantwortlich gemacht, eine Atmosphäre geschaffen zu haben, die zu dem Kellerbrand motiviert haben soll.

Pressearbeit, Sabotage und Lebensgefährdung der MieterInnen werden in einen Pott geworfen. Wenn der Kellerbrand wirklich Brandstiftung war, dann hat das nichts, aber auch gar nichts mit den Zielen aller MieterInnen, wie auch der Bewegung gegen Verdrängung und auch der militanten Linken, Autonomen, AnarchistInnen etc. gemein.

Doch warum sollte jemand aus politischen Gründen einen Brand in einem Mietshaus legen? Was soll das denn für eine Aussage sein? Die VermieterInnen waren nicht im Haus, aber das Feuer bedrohte die Leben von MieterInnen. Es gab kein Bekennerschreiben, kein Graffiti, keine Aussage außer dass Menschenleben bedroht wurden. Diese Tat wäre politisch indiskutabel, würde weder einer Bewegung noch den hier im Haus kämpfenden etwas bringen. Hier kennt niemand Menschen die so etwas machen würden und falls es diese wirklich geben sollte, so können sie zur Hölle fahren. Den einzigen, denen der Brand etwas nützt sind die EigentümerInnen des Hauses, da der Keller nun anscheinend auf Kosten der Versicherung saniert und modernisiert werden kann. Auch gibt es den abstrusen Schlussfolgerungen der GG nach nun wunderbare Gründe zur Spaltung der MieterInnen, wobei jeglicher Widerstand gegen die Modernisierungsmaßnahmen quasi gleichgesetzt wird mit Aufrufen zu Straftaten und/oder menschenverachtenden Aktionen.

Was die Sachbeschädigungen am Fahrstuhl, Graffiti etc. und auch die sich wehrenden MieterInnen angeht, so ist von „Grenzüberschreitungen“, „gewaltbereite Dritte“ und „öffentliche Hetze“ die Rede, in einem früheren Schreiben bezeugt die GG ihre Ablehnung gegen Gewalt an sich („...Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung lehnen wir ab.“). Die verärgerte GG möchte einen Keil in die mögliche Selbstorganisation der MieterInnen treiben. Herhalten muss dafür eine Aktion, eine Sabotage an (Luxus-)Gütern von solidarischen Menschen, die anscheinend erkannt haben, dass gegenseitige Hilfe immer unverzichtbar ist, und dass das staatliche Recht am Ende auf Seiten derer steht die auch viel besitzen. Die GG versucht dies als schlimme Gewalt darzustellen, um damit gemeinschaftliches Potenzial zu zerstreuen und Vereinzelungen voran zu treiben.



(Klaus Staeck)

Was heißt das denn nun in einem Kontext der VermieterInnen und MieterInnen? Wer ist in dieser Beziehung in einer gewaltvollen Position? Sind es Menschen, die einen Fahrstuhl beschädigen oder Menschen, die Mieten anheben und somit Existenzen bedrohen, somit Menschen ihrer sozialen Nahrung, ihrem Umfeld berauben? Welche Gewalt ist denn legitim und wer bestimmt das?

So ist die gewaltvolle Herrschaft des Geldes in unserer kapitalistischen Gesellschaftsstruktur legitim und Widerstand nur in einem sehr begrenzten Rahmen! Das

Soziale, der Mensch selbst steht an zweiter Stelle. Natürlich wäre es schöner, wenn sich alle Menschen an einen Tisch setzen und über Miethöhe, Fahrstühle, Sanierungen und die Kosten diskutieren würden. Aber das Machtverhältnis ist klar. Ich bin EigentümerIn und kann mit meinem Eigentum reichlich viel anstellen und muss nur bedingt Rücksicht nehmen, in wie weit das Menschen und deren Bedürfnisse betrifft. Der gesetzliche Rahmen ist hierfür klar gesteckt.

Und auch deshalb ist es nicht zufällig, dass sich in Berlin und auch in anderen Städten auf der ganzen Welt Widerstand regt, weil die Menschen mit mehr Geld - also mehr Macht - die anderen Menschen aus ihren Wohnungen, Stadtteilen und somit auch aus ihren sozialen Gefügen verdrängen. Ich bin kein Produkt, kein Ding, ich lasse mir mein Leben, meine Selbstbestimmung nicht nehmen und zum Glück bin ich nicht alleine. Der Fremdbestimmung entgegen steht die Würde des Einzelnen und die gegenseitige Hilfe.

DeinE NachbarIn

Die Gewalt

Die Gewalt fängt nicht an
wenn einer einen erwürgt.
Sie fängt an, wenn einer sagt:
"Ich liebe dich:
Du gehörst mir!"

Die Gewalt fängt nicht an
wenn Kranke getötet werden.
Sie fängt an, wenn einer sagt:
"Du bist krank:
Du mußt tun was ich sage!"

Die Gewalt fängt an,
wenn Eltern
ihre folgsamen Kinder beherrschen
und wenn Päpste und Lehrer und Eltern
Selbstbeherrschung verlangen.

Die Gewalt herrscht dort wo der Staat sagt:
"Um die Gewalt zu bekämpfen
darf es keine Gewalt mehr geben
außer meiner Gewalt"

Die Gewalt herrscht
wo irgendwer oder irgend etwas
zu hoch ist oder zu heilig,
um noch kritisiert zu werden.

Oder wo die Kritik nichts tun darf
sondern nur reden,
und die Heiligen oder die Hohen
mehr tun dürfen als reden.

Die Gewalt herrscht dort wo es heißt:
"Du darfst keine Gewalt anwenden!"

Die Gewalt herrscht dort
wo sie ihre Gegner einsperrt
und sie verleumdet
als Anstifter zur Gewalt.

Das Grundgesetz der Gewalt lautet:
"Recht ist, was wir tun.
Und was die anderen tun,
das ist Gewalt!"

Die Gewalt kann man vielleicht nie
mit Gewalt überwinden,
aber auch nicht immer
ohne Gewalt.

(Erich Fried)

Sehr geehrte Nachbarn,

ich bin erstaunt, Ihr Schreiben im Briefkasten zu finden, hätte ich mir doch gewünscht, ein persönliches Gespräch unter Nachbarn im Haus zu führen, Sichtweisen darzulegen, sich kennen zu lernen. Normalerweise stellen sich neue Nachbarn auch vor, Gelegenheit dazu gab und gibt es reichlich.

Wer verbirgt sich hinter [REDACTED]?

Das Sie mit der Grundstücksgemeinschaft zu Frieden sind, freut mich für Sie; leider musste ich in den vergangenen gut zwei Jahren ganz andere Erfahrungen machen. Ich bin vor Gericht zu einer Mieterhöhung von 82% verurteilt worden, habe eine Abmahnung wegen meiner künstlerischen Arbeit in der Wohnung erhalten, welche ich seit fast 25 Jahren hier ausführe (mit Erlaubnis aller Vorbesitzer), bin wegen angeblicher Sachbeschädigung von den Eigentümern angezeigt worden und werde in der Öffentlichkeit diskreditiert und beschuldigt gewalttätig zu sein und zu lügen. Ich bin wiederholt der Lüge bezichtigt worden, muss mich vor der Polizei rechtfertigen und es werden Unwahrheiten über mich verbreitet. Fakt ist, dass die Geschäftsführer der Grundstücksgemeinschaft bereits beim Kauf des Hauses mit unlauteren Mitteln arbeiteten, sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Zutritt zu den Wohnungen verschafften. Der erste Brief der Grundstücksgemeinschaft beinhaltete bereits eine massive Drohung. Weitere folgten. Bis heute. (Dies veranlasste bereits mehrere Mieter sich andere Wohnungen zu suchen.) All dies ist für mich eine sehr schwere Bürde und es ist mir besonders unverständlich, da ein nicht geringer Teil der Grundstücksgemeinschaft selbst in der Kulturwirtschaft der Stadt tätig ist oder war, wir sozusagen Kollegen sind. Zum einen habe ich leider kein Einkommen, welches eine so drastische Mieterhöhung einfach auffangen kann und zum Anderen bin ich mit Respekt und Toleranz gegenüber Anderen erzogen worden und lebe dies. Die Anfeindungen, die ich, weil ich von meinem Recht Gebrauch mache, in den zurückliegenden Monaten erleben muss, sind beispiellos. Aber auch das rechtfertigt nicht die Gewalt, die gegen das Haus und seine Bewohner gerichtet ist. Beides ist verabscheuungswürdig! In bin zu tiefst erschüttert über den Gewaltexzess, den Brand und habe nicht erst seit dem 23.12. letzten Jahres Angst in und um das Haus. Das Klima im Haus ist in den letzten zwei Jahren von Missgunst und Willkür geprägt und sehr vergiftet.

Wer für das Haus sprechen will sollte sich dessen annehmen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie statt eines weitgehend anonymen Briefes, der auf Grund seines Tenors die Situation noch zusätzlich befeuert, das Gespräch mit Ihren Nachbarn suchen. Auch in unserer eng gefassten Arbeitswelt findet sich dafür Zeit.

Die Personen, die sich hinter den Unterzeichnern verbergen sagen mir leider nichts. Ich bin gern jederzeit zu einem offenen Gespräch bereit.

Mit freundlichen Grüßen [REDACTED]
[REDACTED]

PS. Ihr Link zu "linksunten.indymedia..." ist verwaist.

Liebe Nachbarinnen und liebe Nachbarn,
Liebe Interessierte,

Berlin, den 07.02.2013

auch bei mir im Briefkasten ist ein Schreiben der [REDACTED] 4.2.2013 angekommen, welches sich an die angeblich ausführenden und in der Öffentlichkeit zur Gewalt aufrufenden ModernisierungsgegnerInnen / AktivistenInnen / MieterInnen richtet.

Ich bin Mieterin in diesem Haus seit mehr als 10 Jahren. Ich erlebe die "GG Weichselplatz" von Anbeginn, seit ca. Mai 2010.

Ich empfing die neuen EigentümerInnen ohne Vorbehalte und begrüßte die Übernahme durch sie mit offener Freude. Es hatte nur einen faden Beigeschmack: Es war die Art und Weise der GG, sich Zutritt zu meiner Wohnung zu verschaffen, bevor ich als Mieterin darüber in Kenntnis gesetzt wurde, dass sie, die "GutachterInnen" die neuen EigentümerInnen sein werden oder sogar schon offiziell waren.

Ich befürworte keine Gewalt!

Ich bin mir jedoch sehr wohl meiner BürgerInnenrechte bewusst und pflege diese nicht nur, wenn ich in eine Zwangs- oder Bedrohungssituation gerate. Außerdem trage ich für 2 minderjährige Kinder vollumfänglich Verantwortung. Auch ihr Interesse, hier im Kiez und in dieser Wohnung bleiben zu dürfen nehme ich wahr und vertrete dieses.

Zur Modernisierungsankündigung vom 03.08.2010:

Ich wurde durch die GG aufgefordert innerhalb von 2 Wochen meine Unterschrift zur Duldung abzugeben (gesetzliche Duldungsfrist sind 3 Monate)

Ich wurde darüber in Kenntnis gesetzt, dass mir bei Verweigerung eine gerichtliche Auseinandersetzung nicht erspart bleiben würde und dass dies auch nur "Zeit & Nerven kostet" und die geplante Modernisierung nicht aufhalten könnte. Die Miete nach Fertigstellung der Modernisierung wurde mit 621,- Euro angegeben. Für mich und meine Kinder hätte diese erhebliche Mietsteigerung binnen Kurzem den Verlust der Wohnung bedeutet. Meine Zukunftspläne gänzlich selbständig gestalten zu wollen, wurden mit dieser Erwartung der Mieterhöhung zerstört.

Ich suchte mir professionelle Hilfe.

Meine Ende August 2011 getroffene Vereinbarung mit der GG ist ausschließlich zustande gekommen, weil ich mich von einem Rechtsanwalt habe vertreten lassen und nur MIT dessen Hilfe eine Vereinbarung zur relativen Sicherung meines Mietverhältnisses erwirken konnte.

Zum Schreiben im Briefkasten:

Die Verfasser [REDACTED] ?kenne ich teilweise gar nicht, weil sie NeumieterInnen sind. Somit können sie auch nur einen ungenauen Wissensstand haben, was die Geschichte des Hauses und deren NeueigentümerInnen und den Widerstand der BestandsmieterInnen angeht. Von den NeumieterInnen habe ich bisher keine nennenswerten Ambitionen erkennen können, die ein Interesse an der Geschichte des Hauses oder meiner Situation hätte zeigen können. Ich habe auf den Brief hin versucht mit einem der vermuteten Verfasser zu sprechen und versuchte meine Meinung vorzutragen. Ich fand eine vorurteilsvolle Haltung bezüglich des Wortes "Gewalt" und Menschen, die sich trauen ihren Rechten Gehalt zu geben. Wir sind leider auf keinen Nenner gekommen, außer: "Das wir alle in Frieden leben wollen und nicht von einem Hirnverbrannten abgefackelt werden wollen!"

Nicht nur die Unterzeichnenden haben Angst. Auch ich!

Auch ich hatte (wie alle meine NachbarInnen) Angst, als mir die Modernisierungsankündigung vorgelegt wurde.

Ich hatte auch Angst, als mir das "Gericht" in Aussicht gestellt wurde, um dieses EigentümerInnenansinnen durchzusetzen.

Ich hatte auch Angst als mir die GG meine "ausweglose Situation" darlegte und es so gut mit mir meinte. Nein, sie sind keine bösen Heuschrecken!

Ich hatte Angst unser Zuhause zu verlieren und das über Jahre geschaffene soziale Umfeld.

Ich hatte Angst zu erleben, wie leicht es für EigentümerInnen ist, mein Leben zu beeinflussen und es sogar auf den Kopf stellen zu können. Erst durch die GG geriet ich in eine prekäre Situation.

Ich wurde mit den Modernisierungsarbeiten in Zusammenhang stehenden Eingriffen in meine Privatsphäre krank. Ich bin auf das Extremste menschlich enttäuscht von den netten neuen EigentümerInnen!

Was ist Gewalt?

Ich werde öffentlich von der Geschäftsführung als Lügnerin bezeichnet. Diese Identifikation sollte auch der Grund sein, warum ich keinen Rückhalt durch die GeschäftsführerIn erfuhr, als es im September 2011 um Gewalt durch einen Mieter gegen mich und meine Kinder ging. Es wurde versucht mich als kriminell darzustellen. Ich werde mit verschiedenen Schreiben bezichtigt nicht kooperativ zu sein. Die GG hingegen hielt schriftliche Vereinbarungen mehrfach nicht ein und ich sah mich deswegen schon gezwungen, das Gericht einschalten zu müssen, damit die GG ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommt.

Was hier im Haus und in der Öffentlichkeit passiert ist gelebte Demokratie. Wer den Konflikt im Haus "Krieg/Gewalt von einer Minderheit" nennt, verkennt völlig die Situation. Hier werden lediglich BürgerInnenrechte in Anspruch genommen! Ist das GEWALT oder gar KRIEG?

Ich fühle mich als Bürgerin geradezu verpflichtet für meine Kinder, mich und unser Recht einzustehen! Böswillige, feige und undifferenzierte, verleumderische und als Erziehungsmaßnahme geltende Kritik, kann mich nicht davon abhalten, mich als Mitglied der Gesellschaft zu sehen. Ich stehe weiter für meine Rechte ein!

Ich möchte mich an dieser Stelle für die Anteilnahme, die Unterstützung und das freundschaftliche Beisammensein mit der Hausgemeinschaft bedanken. Ohne diese friedlichen, liebenswerten Menschen würde ich diesen Konflikt nicht überstehen.

Liebe Grüße und immer Sonne im Herzen!
Mit stets besten Grüßen für eine Gemeinschaft!

